

Schriften zum Wirtschaftsrecht

Band 339

**Dienst- und gesellschaftsvertragliche
nachvertragliche Wettbewerbsverbote
für Gesellschafter-Geschäftsführer
einer GmbH**

Analyse der Prüfungsmaßstäbe und Zulässigkeitsgrenzen mit
einem Fokus auf Karenzentschädigungen und Maximaldauer

Von

Isabella Stocks



Duncker & Humblot · Berlin

ISABELLA STOCKS

Dienst- und gesellschaftsvertragliche
nachvertragliche Wettbewerbsverbote für
Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH

Schriften zum Wirtschaftsrecht

Band 339

Dienst- und gesellschaftsvertragliche nachvertragliche Wettbewerbsverbote für Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH

Analyse der Prüfungsmaßstäbe und Zulässigkeitsgrenzen mit
einem Fokus auf Karenzentschädigungen und Maximaldauer

Von

Isabella Stocks



Duncker & Humblot · Berlin

Die Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaft Hamburg
hat diese Arbeit im Jahre 2021 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2022 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpau
Druck: CPI books, Leck
Printed in Germany

ISSN 0582-026X
ISBN 978-3-428-18491-0 (Print)
ISBN 978-3-428-58491-8 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Für Jakob und Joachim

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2021 von der Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaft, Hamburg, als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 8. Juni 2021 statt. Literatur und Rechtsprechung wurden bis zum Sommer 2020 berücksichtigt.

Meinem Doktorvater Prof. Dr. Klaus-Stefan Hohenstatt danke ich für die Anregung des Themas, die Ratschläge beim Verfassen der Arbeit und die Begutachtung. Prof. Dr. Matthias Jacobs danke ich für die äußerst zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Ein besonderer Dank gilt meinen Eltern, Friederike und Peter Stocks, die mich bei diesem Vorhaben stets vorbehaltlos unterstützt haben. Dr. Maximilian Lasson danke ich für die konstante Inspiration und Motivation sowie Rafael Pricoco für seine große Geduld und Unterstützung.

München, im Juli 2022

Isabella Stocks

Inhaltsübersicht

Einführung	17
A. Dienst- und gesellschaftsvertragliche nachvertragliche Wettbewerbsverbote für Geschäftsführer und Gesellschafter einer GmbH – eine Bestandsaufnahme	20
I. Praktische Relevanz nachvertraglicher Wettbewerbsverbote	20
II. Nachvertragliche Wettbewerbsverbote als Form des Interessenausgleichs	21
III. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	26
IV. Prüfungsnormen, Prüfungsmaßstäbe und Zulässigkeitsgrenzen im GmbH-Recht	35
V. Forschungsdefizite und Gang der Untersuchungen	82
B. Hintergründe	87
I. In §§ 74 ff. HGB zum Ausdruck kommende Rechtsgrundsätze	87
II. Wirtschaftlich-gesellschaftlicher Hintergrund: Nachvertragliche Wettbewerbsverbote zwischen Privatautonomie, funktionierendem Wettbewerb und dem Schutz des Schwächeren durch den Staat	105
III. Verfassungsrechtlicher Hintergrund	118
IV. Synthese	144
C. Anwendung der Grundsätze auf den Untersuchungsgegenstand	152
I. Generalklauseln als Prüfungsnormen	152
II. Prüfungsmaßstab des § 138 Abs. 1 BGB	154
III. Prüfungsmaßstab des § 1 GWB	167
IV. Konkrete Zulässigkeitsgrenzen	171
Literaturverzeichnis	193
Sachverzeichnis	204

Inhaltsverzeichnis

Einführung	17
A. Dienst- und gesellschaftsvertragliche nachvertragliche Wettbewerbsverbote für Geschäftsführer und Gesellschafter einer GmbH – eine Bestandsaufnahme	20
I. Praktische Relevanz nachvertraglicher Wettbewerbsverbote	20
II. Nachvertragliche Wettbewerbsverbote als Form des Interessenausgleichs	21
1. Involvierte Interessen	21
a) Interessen der Vertragsparteien	21
aa) Gesellschaft und Gesellschafter	21
bb) Ausscheidende	22
b) Weitere betroffene Individualinteressen	23
c) Gesamtwirtschaftliche Relevanz	23
2. Möglichkeiten des Interessenausgleichs	25
a) Interessenausgleich auf der Ebene des Umfangs des Wettbewerbsverbots	25
b) Interessenausgleich über die Zahlung einer Karenzentschädigung	25
III. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	26
1. Notwendigkeit der Einschränkung des Untersuchungsgegenstandes	26
2. Fokus auf individualvertragliche Vereinbarung	27
a) Kein gesetzliches nachvertragliches Wettbewerbsverbot für Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH	27
b) Treuepflicht und Geschäftschancenlehre keine Quelle eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots	29
c) Vertragliche Vereinbarung als einzige Möglichkeit	31
3. Fokus auf die Person des Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH	32
4. Fokus auf die Notwendigkeit einer Karenzentschädigung und die Maximaldauer	34
IV. Prüfungsnormen, Prüfungsmaßstäbe und Zulässigkeitsgrenzen im GmbH-Recht	35
1. Schutz der Arbeitnehmer durch §§ 74 ff. HGB, 110 S. 2, 6 Abs. 2 GewO	35
2. Prüfungsnorm, Prüfungsmaßstäbe und konkrete Zulässigkeitsgrenzen für dienstvertragliche nachvertragliche Wettbewerbsverbote von GmbH-Geschäftsführern	40
a) Frage nach der Anwendbarkeit der §§ 74 ff. HGB auf GmbH-Geschäftsführer	40
aa) Direkte Anwendbarkeit von §§ 74 ff. HGB, 110 S. 2, 6 Abs. 2 GewO?	40

bb) Anwendbarkeit der §§ 74 ff. HGB analog?	43
(1) Rechtsprechung des BGH zur Prüfungsnorm, zu Prüfungsmaßstäben und konkreten Zulässigkeitsgrenzen	43
(a) Grundsatzentscheidung vom 26.03.1984 – II ZR 229/83	43
(b) Weitere Entwicklung der Rechtsprechung	49
(c) Obergerichtliche Rechtsprechung und Literatur	54
b) Rolle des Kartellrechts: § 1 GWB und Art. 101 AEUV	58
c) Rolle des AGB-Rechts	62
d) Zwischenfazit	64
aa) BGH-Rechtsprechung als Basis	64
bb) BGH: Differenzierung zwischen Arbeitnehmerinteressen und Arbeitgeberinteressen schützenden Normen	64
(1) Keine Analogie bei Arbeitnehmerinteressen schützenden Normen	64
(2) Unklare Haltung zu Arbeitgeberinteressen schützenden Normen	65
cc) Frage nach der Notwendigkeit einer Karenzentschädigung	65
(1) Kunden- und Mandantenschutzklausel	65
(2) Umfassendes Tätigkeitsverbot	66
dd) Zwei Jahre als Richtwert	67
ee) Allgemeine zivilrechtliche Grundsätze und Grundrechte als Ansatzpunkte für die weitere Untersuchung	67
ff) Rolle des Kartellrechts sowie des AGB-Rechts	68
3. Rechtslage bei unternehmenskauf- und gesellschaftsvertraglichen nachvertraglichen Wettbewerbsverboten für GmbH-Gesellschafter	68
a) Beurteilung der Zulässigkeit anhand von § 138 BGB i. V. m. Art. 12, 2 GG	68
aa) § 138 BGB i. V. m. Art. 12, 2 GG als Prüfungsnorm	68
bb) Aus § 138 BGB i. V. m. Art. 12, 2 GG abgeleiteter Prüfungsmaßstab	70
b) Rolle des § 1 GWB	71
aa) Anwendbarkeit und Tatbestandsausnahme für funktionsnotwendige nachvertragliche Wettbewerbsverbote	71
bb) Unterschiede im Vergleich zum zivilrechtlichen Prüfungsmaßstab	73
c) Art. 101 AEUV und §§ 305 ff. BGB	74
d) Konkrete Zulässigkeitsgrenzen für gesellschaftsvertragliche nachvertragliche Wettbewerbsverbote	74
aa) Nachvertragliche Wettbewerbsverbote für rein kapitalistisch beteiligte Gesellschafter in der Regel unzulässig	74
bb) Zulässiger Umfang abhängig von den Umständen des Einzelfalls	76
cc) Zwei Jahre als Richtwert	76
(1) Rechtsprechung	76
(2) Literatur	77
dd) Keine Pflicht zur Zahlung einer Karenzentschädigung	78

4. Zusammenfassung	80
a) Zivilrechtliche und kartellrechtliche Prüfungsnormen und Prüfungsmaßstäbe	80
b) Konkrete Zulässigkeitsgrenzen	81
aa) Maximaldauer von zwei Jahren als Richtwert	81
bb) Unklare Lage bei Karenzentschädigungen	82
V. Forschungsdefizite und Gang der Untersuchungen	82
1. Forschungsdefizite	82
a) Ungenaue dogmatische Begründung der Prüfungsmaßstäbe und der konkreten Zulässigkeitsgrenzen	82
aa) §§ 74 ff. HGB als Ausdruck verallgemeinerungsfähiger Rechtsgrundsätze?	83
bb) Austausch- und Verteilungsgerechtigkeit	83
cc) Spannungsfeld zwischen zivilrechtlicher Privatautonomie, Wettbewerbsfreiheit und dem Schutz schwächerer Vertragsparteien	84
dd) Verfassungsrechtlicher Hintergrund	84
b) Überwiegend getrennte Betrachtung von Gesellschaftern und Geschäftsführern einer GmbH	85
2. Weiterer Gang der Untersuchungen	85
B. Hintergründe	87
I. In §§ 74 ff. HGB zum Ausdruck kommende Rechtsgrundsätze	87
1. Voraussetzungen für die Annahme eines allgemeinen Rechtsgrundsatzes ..	87
2. Austausch- und Verteilungsgerechtigkeit	88
a) Zusammenhang zwischen der Vertragskontrolle und der Gewährleistung von Austausch- und Verteilungsgerechtigkeit sowie ausgleichender Gerechtigkeit	88
b) Kriterien zur Feststellung von Austauschgerechtigkeit	91
c) Gesamtgesellschaftliche Umverteilung durch zivilrechtliche Normen ..	93
3. Privatautonomie	94
4. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	95
5. In §§ 74 ff. HGB enthaltene allgemeine Rechtsgrundsätze	96
a) Historische Entwicklung des Prüfungsmaßstabes für nachvertragliche Wettbewerbsverbote	96
b) Rechtsprechung des BAG als Erkenntnisquelle	98
c) Entwicklung für GmbH-Geschäftsführer und Gesellschafter	100
d) Schlussfolgerungen für die untersuchungsrelevanten Faktoren	102
aa) Beurteilung der Unbilligkeit nach dem zeitlichen, örtlichen und sachlichen Umfang des Wettbewerbsverbots als Kern des zivilrechtlichen Prüfungsmaßstabes	102
bb) Berechtigtes geschäftliches Interesse als eigenständiger Zulässigkeitsfaktor und als Teil der Interessenabwägung	103

cc) § 74 Abs. 1 S. 3 HGB: Maximaldauer kein allgemeiner Grundsatz	103
dd) § 74 Abs. 2 HGB: kein allgemeiner Grundsatz der bezahlten Karenz	104
II. Wirtschaftlich-gesellschaftlicher Hintergrund: Nachvertragliche Wettbewerbsverbote zwischen Privatautonomie, funktionierendem Wettbewerb und dem Schutz des Schwächeren durch den Staat	105
1. Vertragsfreiheit als Teil der das Zivilrecht prägenden Privatautonomie	105
2. Idealbild des gerechten Interessenausgleichs zwischen selbstbestimmt und freiwillig handelnden Vertragsparteien	106
3. Zusammenhang zwischen Funktionsbedingungen des Marktmechanismus, Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	107
4. Bedrohung der Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit durch ein Kräfteungleichgewicht zwischen Vertragsparteien	109
5. Funktionierender Wettbewerb als Ausgleichsfaktor für Kräfteungleichgewichte	111
6. Individualautonome Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit als essenzielle Faktoren für das Verhältnis zwischen Vertragsfreiheit und Vertragskontrolle	113
7. Marktkonstitutive und marktkompensatorische Funktion der Vertragskontrolle	114
III. Verfassungsrechtlicher Hintergrund	118
1. Beschränkung des vertraglichen Gestaltungsspielraums durch die Grundrechte	118
2. Zusammenspiel der objektiven Wirkung der Grundrechte und der grundrechtlichen Schutzpflicht- sowie Abwehrrechtsdimension in Drittwerkungskonstellationen	121
a) Eingriffsabwehrrechtsdimension und Übermaßverbot	121
b) Grundrechtliche Schutzpflichten und das Untermaßverbot	122
aa) Grundrechtliche Schutzpflichten als Teil der objektiv-rechtlichen Grundrechtsdimension	122
bb) Konkretisierung der Schutzpflicht durch das Untermaßverbot	124
(1) Voraussetzungen für die Annahme einer Schutzpflicht	124
(2) Anforderungen an die Schutzmaßnahme	125
c) Drittwerkungskonstellationen: Widerstreit der grundrechtlichen Abwehr- und Schutzfunktion im Verhältnis Bürger – Bürger – Staat	126
d) Aufgabenverteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative	128
3. Grundrechtschutz im Rahmen des Untersuchungsgegenstandes	132
a) Vom Untersuchungsgegenstand berührte Grundrechte	132
b) Besonderheiten des Grundrechtsschutzes im Rahmen vertraglicher Selbstbindung	133
aa) Umsetzung des staatlichen Schutzgebots durch Gewährleistung effektiver Vertragsdurchsetzung und Zusammenhang mit der grundrechtlichen Abwehrfunktion	133
bb) Eingriffsrechtfertigung durch Selbstbestimmungsdefizite	134

cc) Staatliche Schutzpflichten im Rahmen der Vertragsfreiheit	135
(1) Aktivierung staatlicher Schutzpflichten durch Selbstbestimmungsdefizite	135
(2) Rechtsprechung des BVerfG zu Kräfteungleichgewichten und Fremdbestimmung	136
(3) Bewertung der Rechtsprechung des BVerfG	137
dd) Schutzpflichten bei individuellem Versagen des Vertragsmechanismus	140
c) Berufsfreiheit	140
aa) Maßgaben des Übermaßverbots	140
bb) Maßgaben des Untermaßverbots	142
d) Eigentumsfreiheit	143
IV. Synthese	144
C. Anwendung der Grundsätze auf den Untersuchungsgegenstand	152
I. Generalklauseln als Prüfungsnormen	152
II. Prüfungsmaßstab des § 138 Abs. 1 BGB	154
1. Analyse des Prüfungsmaßstabs	154
a) Strukturierende Funktion des Prüfungsmaßstabs für die umfassende Interessenabwägung	154
b) Einfluss der Berufsfreiheit	155
c) Einfluss der Eigentumsfreiheit	157
d) Einfluss der Vertragsfreiheit	158
e) Zusammenfassung des grundrechtlichen Einflusses	160
f) Einfluss der zivilrechtlichen Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Privatautonomie	162
g) Einfluss der Konzepte der Austausch- und Verteilungsgerechtigkeit	162
2. Keine Übernahme der Zulässigkeitsgrenzen der §§ 74 Abs. 2, 74a Abs. 1 S. 3 HGB	164
III. Prüfungsmaßstab des § 1 GWB	167
1. Analyse des Prüfungsmaßstabes	167
2. Verhältnis zwischen § 1 GWB und § 138 BGB	169
IV. Konkrete Zulässigkeitsgrenzen	171
1. Unterschiedliche Zulässigkeitsgrenzen möglich	171
2. Zeitlicher Umfang	172
a) Dienstvertragliche Wettbewerbsverbote	172
b) Gesellschaftsvertragliche Wettbewerbsverbote	173
c) Analyse der Unterschiede	174
3. Karenzschädigung	175
a) Gesellschaftsvertragliche Wettbewerbsverbote	175
b) Dienstvertragliche Wettbewerbsverbote	177
aa) Uneinheitliche Meinungslage	177

bb) Kunden- und Mandantenschutzklauseln	177
cc) Umfassende Tätigkeitsverbote	180
(1) Analyse	180
(2) Bedeutung der Analyse für die Notwendigkeit einer Karenzent- schädigung	182
(a) Mehrheitsgesellschafter-Geschäftsführer	182
(b) Fremdgeschäftsführer	183
(c) Sonderfall der marginalen Beteiligung des GmbH-Geschäfts- führers	185
c) Analyse der Unterschiede	187
4. Zusammenfassung und Konsequenzen für die Praxis	190
 Literaturverzeichnis	193
 Sachverzeichnis	204

Einführung

Die Vereinbarung eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots für Organmitglieder einer GmbH entspricht der gängigen Praxis. Allerdings herrscht Unsicherheit darüber, bis zu welchem Umfang in zeitlicher, örtlicher und sachlicher Hinsicht ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot für Organmitglieder einer GmbH rechtlich zulässig ist. Ebenfalls unklar ist, ob ein solches nachvertragliches Wettbewerbsverbot auch ohne Karenzentschädigung wirksam vereinbart werden kann. Diese Unsicherheit basiert unter anderem darauf, dass für Organmitglieder einer GmbH keine Regelungen im GmbHG existieren, die als Richtlinien dienen könnten. Zwar widmen sich einige gerichtliche Entscheidungen nachvertraglichen Wettbewerbsverbote für Geschäftsführer und Gesellschafter einer GmbH, allerdings beseitigt die sich fortbildende Kasuistik die bestehende Unsicherheit nicht. Dies liegt zum einen daran, dass nachvertragliche Wettbewerbsverbote verschiedene Interessen und Parteien berühren, die von Fall zu Fall unterschiedlich sind. Die in dem einen Einzelfall geltenden Grenzen können also nur eingeschränkt auf einen anderen Einzelfall übertragen werden. Viel schwerer wiegt jedoch, dass die Rechtsprechung für die Festlegung der Zulässigkeitsgrenzen vor allem auf vage Abwägungsentscheidungen zurückgreift, ohne die hinter diesen Entscheidungen stehenden verfassungsrechtlichen und zivilrechtlichen Grundlagen herauszuarbeiten.¹ Die Literatur hat diesen Missstand bisher auch nicht behoben. Vielmehr konzentrieren sich die juristische Diskussion auf die Darstellung der Rechtsprechung des BGH zur analogen Anwendbarkeit der §§ 74 ff. HGB bzw. zu den konkret aus den jeweiligen Prüfungsnormen abzuleitenden Zulässigkeitsgrenzen und auf die Rezeption dieser Rechtsprechung.² Resultat der Vorgehensweise der Rechtsprechung ist, dass die Entscheidungen der Rechtsprechung für die Praxis nur schwer vorhersehbar sind, da verallgemeinerungsfähige Grundlagen fehlen, die als Leitlinien für die Vertragsgestaltung im Einzelfall dienen könnten. Dies gilt sowohl für dienst- als auch für gesellschaftsvertragliche nachvertragliche Wettbewerbsverbote und insbesondere für Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH, für die neben den beiden genannten

¹ Weidelener, Der richterliche Vertragsschutz, S. 41.

² Eine Ausnahme stellen Lumper, Kontrollmaßstäbe für nachvertragliche Wettbewerbsverbote und ihre Anwendung im Kollisionsfall, Gravenhorst, Nachvertragliche Wettbewerbsverbote mit GmbH-Geschäftsführern, Krahnforst, Nachvertragliche Wettbewerbsverbote für GmbH-Geschäftsführer, und Weidelener, Der richterliche Vertragsschutz, dar, die sich in unterschiedlichem Ausmaß mit den verfassungsrechtlichen und zivilrechtlichen Hintergründen der Zulässigkeitsgrenzen nachvertraglicher Wettbewerbsverbote befassen.

Gestaltungsoptionen zudem die Möglichkeit eines unternehmenskaufvertraglichen³ Wettbewerbsverbots offensteht.

Hier soll die vorliegende Arbeit ansetzen. Ziel der Untersuchung ist es, dazu beizutragen, die in der Praxis bestehenden Unklarheiten im Hinblick auf die zulässige Gestaltung nachvertraglicher Wettbewerbsverbote für Organmitglieder einer GmbH zu verringern. Um das Thema sinnvoll einzugrenzen sowie vor dem Hintergrund der dogmatisch und für die Rechtsgestaltung interessanten Doppelstellung des Gesellschafter-Geschäftsführers wird sich die Arbeit zum einen auf die Person des Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH und die daher möglichen dienst- und gesellschaftsvertraglichen Gestaltungsoptionen des nachvertraglichen Wettbewerbsverbots konzentrieren. Aufgrund der Nähe zum Untersuchungsgegenstand wird auch das unternehmenskaufvertragliche nachvertragliche Wettbewerbsverbot in die Untersuchung einbezogen. Ein zweiter Fokus liegt in der Beschränkung auf die Fragen nach der Notwendigkeit einer Karenzentschädigung sowie der zulässigen Maximaldauer eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots. Wird das nachvertragliche Wettbewerbsverbot nämlich mit einem Arbeitnehmer abgeschlossen, so ist es nur wirksam, wenn es eine Karenzentschädigung enthält. Ob dies in dieser Rigorosität auch für Gesellschafter-Geschäftsführer gilt, ist aufgrund der sonst entstehenden hohen Kosten für die Unternehmensseite relevant. Auch die Maximaldauer eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots ist für Arbeitnehmer genau festgelegt und – anders als der zulässige sachliche und räumliche Umfang – nicht von den Umständen des Einzelfalles abhängig. Dies sorgt für Rechtssicherheit. Offen ist jedoch, ob diese Grenze ebenfalls bei nachvertragliche Wettbewerbsverbote für Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH gilt. Aufgrund des engen Zusammenhangs der einzelnen Bestandteile eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots werden bei der Beantwortung der Frage nach der Notwendigkeit einer Karenzentschädigung und der Maximaldauer jedoch auch andere Elemente eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots für Organmitglieder einer GmbH angesprochen werden.

Um die bei der Vereinbarung eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots für Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH bestehenden Unklarheiten zu verringern, müssen die Antworten, die die Dissertation geben möchte, auf einem dogmatisch tragfähigen Fundament basieren. Ein Zwischenziel der Untersuchung ist deshalb, die dogmatischen Hintergründe der jeweiligen Prüfungsnormen, Prüfungsmaßstäbe und konkret abgeleiteten Zulässigkeitsgrenzen herauszuarbeiten. Die vorhandene Kasuistik soll dabei nicht außer Acht gelassen werden. Sie soll vielmehr durch die Anwendung der zuvor herausgearbeiteten verfassungsrechtlichen Vorgaben und zivilrechtlichen Grundsätze auf ihre Tragfähigkeit überprüft werden. Auf die

³ Wie Lumper, Kontrollmaßstäbe für nachvertragliche Wettbewerbsverbote und ihre Anwendung im Kollisionsfall, S. 35 (Fn. 103) m. w. N. betont, wird unter dem Begriff „Unternehmenskauf“ oft sowohl der dingliche als auch der schuldrechtliche Teil als ein wirtschaftlicher Vorgang bezeichnet. In der Folge wird im Anschluss hieran nicht zwischen dem Unternehmensveräußerungsvertrag und dem Unternehmenskaufvertrag unterschieden.

gleiche Weise sollen bestehende Unklarheiten in der Kasuistik dort, wo dies möglich ist, beseitigt werden.

Diese Ziele geben die die Untersuchung strukturierenden Untersuchungsfragen vor. Abschnitt A wird zur Vorbereitung der folgenden Untersuchungen knapp die Praxisrelevanz nachvertraglicher Wettbewerbsverbote sowie die hinter ihnen steckende Interessenlage behandeln und im Anschluss zwecks Eingrenzung und Einordnung der Thematik den Untersuchungsgegenstand herausarbeiten. Auf dieser Basis wird die Dissertation eine Bestandsaufnahme durchführen, um zu untersuchen, welche Standpunkte die Rechtsprechung und Literatur im Hinblick auf die auf dienst- und gesellschaftsvertragliche nachvertragliche Wettbewerbsverbote anzuwendenden Prüfungsnormen, Prüfungsmaßstäbe und Zulässigkeitsgrenzen einnehmen, sowie um gegebenenfalls bestehende Untersuchungsdefizite ausfindig zu machen.

Vor diesem Hintergrund wird Abschnitt B insbesondere die zivilrechtlichen und verfassungsrechtlichen Hintergründe der Ergebnisse der Bestandsaufnahme beleuchten. Aufgrund der Natur des Untersuchungsgegenstandes wird sich die Untersuchung im Ansatz jedoch auch mit den ökonomischen Hintergründen des Untersuchungsgegenstandes befassen. Im Anschluss hieran wird Abschnitt C wiederum die im Rahmen der Bestandsaufnahme herausgearbeiteten Befunde unter Anwendung der zuvor herausgearbeiteten Grundsätze analysieren und für die Praxis verwertbare Schlüsse ziehen.